

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-1.022.395

Wien, am 10. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Schiefer, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. Dezember 2025 unter der Nr. **4149/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzungsstand der angekündigten Einsparungen auf Ministerienebene“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2, 4 und 11:

1. *Welche allgemeinen Einsparziele und Maßnahmen leiten Sie für Ihr Ministerium aus den Budgetbeschlüssen für 2025 ab?*
2. *Welche konkreten Einsparungen Ihres Ministeriums können Sie für das Jahr 2025 nennen? (Bitte um genaue Bezifferung)*
4. *Welche konkreten Einsparungen Ihres Ministeriums im Jahr 2025 sind Einmaleffekten zuzurechnen?*
11. *Welche Prüfungen zur Verbesserung hinsichtlich Struktur und Aufgaben Ihrer Verwaltung haben Sie 2025 veranlasst?*

Für das Bundeskanzleramt (UG 10) sind Einsparungen von 45 Millionen Euro im Jahr 2025 und 53,2 Millionen Euro im Jahr 2026 vorgesehen. Im Bundeskanzleramt wurde die vorgegebene Konsolidierung des Budgets durch Ausgabenreduktion, Effizienzsteigerung und strukturelle Maßnahmen umgesetzt. Weiters wurden in diversen Förderbereichen, bei der Öffentlichkeitsarbeit, IT-Projekten sowie sonstigen internen Aufwendungen eine Priorisierung auf die Kernleistungen vorgenommen. Diese strukturellen Änderungen gewährleisten eine nachhaltige budgetäre Deckung des verbleibenden Bedarfs.

Die im Bereich der Digitalisierung erzielten Budgeteinsparungen resultieren im Wesentlichen aus einer Reihe gezielter Steuerungsmaßnahmen, indem laufende Projekte unter Wahrung der strategischen Prioritäten und in geordnetem Rahmen hinsichtlich ihres Umsetzungsumfangs angepasst wurden. Dies unter der Maßgabe, dass die Stabilität und Funktionsfähigkeit der bestehenden digitalen Services gewährleistet bleibt.

Zu Frage 3:

3. *Haben Sie das Ihnen vorgegebene Einsparziel 2025 erreicht?*
a. *Wenn nein, warum nicht?*

Ja.

Zu den Fragen 5 und 6:

5. *Wurden im Jahr 2025 in Ihrem Ministerium Planstellen eingespart?*
a. *Wenn ja, welche?*
b. *Wenn nein, warum nicht?*
6. *Wurden im Jahr 2025 in Ihrem Ministerium Aufgabenbereiche redimensioniert?*
a. *Wenn ja, welche?*
b. *Wenn nein, warum nicht?*

Mit dem Personalplan 2025/2026 wurden dem Bundeskanzleramt als Teil des Einsparungspakets der Bundesregierung keine zusätzlichen Planstellen übertragen, dies obwohl der Zuständigkeitsbereich und das Aufgabenspektrum des Bundeskanzleramtes resultierend aus der letzten BMG-Novelle gewachsen sind. Vor diesem Hintergrund waren im vergangenen Jahr keine weiteren Personalreduktionen vorgesehen. Im Übrigen verweise ich auf meine Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 2511/J vom 10. Juni 2025 sowie Nr. 2647/J vom 17. Juni 2025. Selbstverständlich wird das Ziel der Kostenminimierung in sämtliche Entscheidungen, welche die Organisationsstruktur des Bundeskanzleramtes betreffen, miteinbezogen.

Zu den Fragen 7 bis 10:

7. *Wurden in Ihrem Verantwortungsbereich im Jahr 2025 konkrete Verwaltungsvereinfachungen durchgeführt?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Welche Digitalisierungsprojekte mit dem Ziel einer Verwaltungsvereinfachung wurden in Ihrem Ministerium 2025 umgesetzt?*
9. *Welche Digitalisierungsprojekte mit dem Ziel einer Verwaltungsvereinfachung werden in Ihrem Ministerium 2026 umgesetzt?*
10. *Welche Maßnahmen zu den in den Fragen 5-7 genannten Bereichen planen Sie für 2026?*

Seit 1. September 2025 veröffentlichen Verwaltungsorgane von Bund, Ländern und Gemeinden ab 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß Informationsfreiheitsgesetz (IFG) Informationen von allgemeinem Interesse proaktiv im Informationsregister auf data.gv.at. Dadurch erhalten Bürgerinnen und Bürger einen digitalen und niederschweligen Zugang zu diesen Informationen. Das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Informationszugang ermöglicht darüber hinaus den Zugriff auf weitere Informationen direkt bei der zuständigen Behörde innerhalb klar definierter Fristen. Offene Daten tragen zur Reduktion des Verwaltungsaufwands bei, stärken eine wirksame Data Governance und schaffen einen nachhaltigen Mehrwert für Gesellschaft und Verwaltung.

Für die proaktive Veröffentlichung von Informationen von allgemeinem Interesse auf data.gv.at wurde vom Bundeskanzleramt eine technische Lösung erarbeitet und bereitgestellt. Diese wird allen Bundesministerien und nachgeordneten Dienststellen als Shared Service angeboten. Über diesen Service werden Informationen proaktiv veröffentlicht und Bürgerinnen und Bürgern in einheitlicher und standardisierter Form zugänglich gemacht. Die Vorbereitung und Steuerung der Veröffentlichungen erfolgt vollständig über den ELAK. Durch eine breite bundesweite Service-Nutzung wird zu einer weitgehenden Harmonisierung im Bund beigetragen.

In der Sektion Digitalisierung und E-Government unterstützt eine erweiterte RPA-Lösung seit 2025 die Sachbearbeitung in der SZRB, etwa bei der Aktenanlage, Registersuchen, Eintragungen ins ERsB und der Dokumentenerstellung, was Effizienz, Geschwindigkeit und Servicequalität erhöht. Die Ergebnisse werden dabei stets abschließend manuell geprüft („Hu-

man in the Loop“). Zusätzlich werden auf Basis gesetzlicher Vorgaben Verwaltungsvereinfachungen umgesetzt, wobei Instrumente wie das USP, die Once-Only-Plattform und „Mein Postkorb“ den Behörden die nötige Infrastruktur bereitstellen.

Im Jahr 2026 wird das Schwerpunktprogramm „KI in der Verwaltung“, welches im Rahmen der im Jahr 2025 gestarteten Weiterentwicklung des Digital Austria Acts 2.0 (MRV 16/10) aufgesetzt wurde, weiter konsequent umgesetzt. Das Schwerpunktprogramm hat zum Ziel, gebietskörperschaftsübergreifende Shared Services im Bereich der künstlichen Intelligenz zu entwickeln, die zu einer Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Zur Entlastung des telefonischen Service Centers und des Bürgerservices zu Fragen rund um die ID Austria und oesterreich.gv.at soll ein KI Chatbot entwickelt werden.

Vor dem Hintergrund der steigenden Datenmenge auf data.gv.at und der zunehmenden Anzahl an dateneinbringenden Stellen im Zusammenhang mit dem Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) sollen 2026 weitere Maßnahmen gesetzt werden, um die proaktive Veröffentlichung von Informationen von allgemeinem Interesse zu vereinfachen, die technische Lösung weiterzuentwickeln und die Auffindbarkeit von Daten zu verbessern

Zu Frage 12:

12. Welche Kosten für externe Beratungsleistungen sind im Jahr 2025 in Ihrem Ministerium angefallen? (Bitte um genaue Aufschlüsselung)

Die Kosten von Beratungsleistungen sind regelmäßig Gegenstand der Beantwortung parlamentarischer Anfragen. Ich darf daher auf die Beantwortungen zur quartalsweisen Abfrage von externen Verträgen sowie Beraterverträgen und sonstigen Aufträgen hinweisen.

Dr. Christian Stocker

